

Gender und LGBTQ: Unbekannte Begriffe als Machtinstrumente in Polen

Bożena Chołuj

Der Begriff ›Gender‹ ist schon lange mehr als eine nur wissenschaftliche Kategorie. Doch obwohl er seit der IV. Weltfrauenkonferenz in Beijing (1995) sukzessive an politischer Bedeutung im öffentlichen Raum gewinnt, bleibt er für eine breitere Öffentlichkeit nach wie vor diffus und kann dadurch je nach beabsichtigter Wirkung anders besetzt werden. Zum wissenschaftlichen Diskurs hat nur eine kleine Minderheit Zugang, aber eines verstehen die meisten: Gender hat etwas mit Geschlecht und mit Geschlechterfragen zu tun. Da eben diese seit Jahrhunderten durch Sitten und Traditionen in Verschränkung mit gesellschaftlichen Machtstrukturen reguliert werden, kann jede Intervention in diesen Mechanismus als Anomalie, Pathologie oder als Angriff auf Integrität der Gesellschaft und ihre sogenannte kleinste Zelle, die Familie, ausgelegt werden. Dies geschieht insbesondere in Ländern mit einer langen Geschichte politischer Instabilität, in der Familie und Tradition als der wichtigste Halt in unsicheren Zeiten galten bzw. immer noch gelten.

1. Die Kirche als unantastbarer Hort der Stabilität

Polen war von politischer Instabilität besonders lange betroffen, angefangen mit der Zeit der Dreiteilung des Landes durch Preußen, Russland und die K.-u.-k.-Monarchie in den Jahren 1772-1918. Die neugewonnene Souveränität von 1918 wurde 1939 durch das Dritte Reich erneut beendet. Im Zweiten Weltkrieg erlitt Polen enorme Verluste. Neben im Krieg gefallenen Soldaten und getöteter Zivilbevölkerung wurde durch die brutalen Besatzungsregimes des Dritten Reiches und der Sowjetunion sowie durch das Massaker von Katyn auch ein großer Teil seiner intellektuellen Elite sowie Tausende von Offizieren ermordet; durch den Ribbentrop-Molotov-Pakt ging ein großer Teil des damaligen Ostpolens verloren. Nach dem Krieg entschieden die Alliierten über die Westverschiebung der Grenzen Polens und über seine Zugehörigkeit zum sogenannten Ostblock.

In all diesen Jahren war die katholische Kirche, für die beides – Familie und Heteronormativität ihrer Mitglieder – wichtige Grundpfeiler der Glaubensgemein-

schaft darstellen, die einzige stabile und einigende Kraft und Stütze der polnischen Gesellschaft. Dadurch hat sie in Polen eine Position erreicht, die auch nach der politischen Wende 1989 kaum in Frage gestellt wurde. Sogar die vielen Fälle von sexuellem Missbrauch durch pädophile Priester, die in Gemeinden und Klöstern aufgedeckt wurden, gefährdeten sie kaum. Davon zeugen die Reaktionen auf die zwei schockierenden Dokumentarfilme *Nie mów nikomu* (»Sag das keinem«) 2019¹ und *Zabawa w chowanego* (»Versteckspiel«) von 2020² der Brüder Sekielski. Sie haben Opfer interviewt und die Täter gezeigt sowie die Strategie der Geheimhaltung der Pädophiliefälle durch die Kirchenhierarchie aufgedeckt. Die Gemeinden erholten sich relativ schnell von dem ersten Schock und blieben weiterhin kirchentreu. Die Verbrechen der Priester werden als deren individuelle menschliche Schwäche wahrgenommen, die sie vor Gott zu verantworten haben. Die Filme der Brüder Sekielski entstanden aus Protest dagegen, dass weder die Regierung noch die Bischöfe gegen die Täter vorzugehen gedenken. Der zweite Film führte zwar zur Entscheidung des Vatikans, den Bischof von Kalisz, Edward Janiak, von seinem Posten zu entfernen, weil er einen von den Sekielskis dargestellten Fall jahrelang vertuscht hatte (Żytnicki 2020), doch hat die Regierung erst ein Jahr nach einem entsprechenden Beschluss von 2019 die Gründung einer Regierungskommission zur Untersuchung von Fällen der Pädophilie in die Tat umgesetzt.³ Dabei wurde beschlossen, dass diese Kommission nur Fälle behandeln soll, in denen Kinder unter 15 Jahren Opfer der Priester waren. Die systemische Vertuschung von sexuellem Missbrauch in der Kirche wird nicht Gegenstand der Untersuchungen sein. Proteste gegen diese Einschränkung durch NGOs wie *Lepszy Gdańsk* (»Ein besseres Danzig«) und *Nie lękajcie się* (»Fürchtet Euch nicht«), die sich aller Opfer annehmen, wurden nicht berücksichtigt. All das zeugt von einer großen Abneigung, sich mit den Verbrechen der Priester und deren Verheimlichung durch die katholische Kirche auseinanderzusetzen.

2. Der unverstandene Gender-Begriff

Im hier skizzierten Kontext konnte sich Gender als Begriff in Polen noch weniger über die Wissenschaft etablieren als in anderen europäischen Ländern. Dabei spielen nicht nur die Geschichte und der Status der katholischen Kirche eine Rolle,

1 <https://www.youtube.com/watch?v=BrUvQ3W3nV4> vom 12.8.2020.

2 <https://www.youtube.com/watch?v=Toym5kPf3Vc> vom 12.8.2020.

3 Członkowie długo wyczekiwanej komisji powołani. Oto przewodniczący (»Mitglieder der langersehnten Kommission gewählt. Und es gibt einen Vorsitzenden«), online unter: <https://fakty.interia.pl/polska/news-blazej-kmieciak-przewodniczacy-panstwowej-komisji-ds-pedofi,nld,4629207> (vom 7.9.2020).

sondern auch die Tatsache, dass viele Menschen sich für Verlierer des Transformationsprozesses nach der Wende von 1989 halten. Das macht sie für populistische Wahlversprechen offen, jedoch nicht für den Wandel ihrer althergebrachten Überzeugungen zu Geschlechterverhältnissen. Dafür bräuchte es eine intensive Aufklärung, d.h. eine Änderung der Lehrpläne in den Schulen, die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften u.a.m., was sich noch keine polnische Regierung nach 1989 gegen den Willen der Kirche einzuführen getraut hat.

Publikationen und Aktionen, die für eine Änderung der Geschlechterpolitik in Polen plädieren, sind selten, und sie sprechen nur ohnehin schon Interessierte an. Als Beispiel sei hier *Homofobia po polsku. Pierwsza książka o homofobii w Polsce* (»Homophobie auf polnische Art. Das erste Buch über Homophobie in Polen«) von 2004 genannt. Dieser Sammelband mit Beiträgen engagierter Aktivist_innen und Schriftsteller_innen hat das Ziel, ein differenzierteres Bild der Homosexualität zu vermitteln als das in Polen gängige. Angesprochen werden in den Artikeln des Sammelbandes Themen wie »Gleichgeschlechtliche Beziehungen«, »Berechtigte Wut« der Betroffenen von Homophobie oder »Sollen sie uns doch sehen« (Sypniewski/Warkoccki 2004: Inhaltsverzeichnis). Hier wird auch die liberal-katholische Zeitschrift *Więź* (»Bindung«) besprochen, die versucht, einen toleranten Katholizismus zu vertreten. *Więź* und *Tygodnik Powszechny* (»Allgemeine Wochenzeitschrift«) sind die einzigen katholischen Redaktionen, deren Autor_innen eine Auseinandersetzung mit dem konfessionellen Fundamentalismus der katholischen Kirche und eine Kritik desselben in Polen wagen. Erst im Jahr 2014, also zehn Jahre nach dem ersten Buch über Homophobie in Polen, publizierte der linksliberale und gesellschaftskritische Verlag *Krytyka Polityczna* (»Politische Kritik«) mit dem Titel *Gender. Przewodnik Krytyki Politycznej* (»Gender. Einführung von *Krytyka Polityczna*«) eine Sammlung von polnischen und übersetzten Beiträgen zu Gender mit aufklärerischem Ansatz. Der Band beginnt mit wissenschaftlichen Beiträgen zur Klärung des Begriffes, darunter auch ein Beitrag von Judith Butler. Im nächsten Teil wird auf eine sprachlich sehr zugängliche Art und Weise erläutert, worauf der wissenschaftliche Umgang mit Gender beruht. Weitere Teile des Bandes sammeln Beiträge zu »Gender in der Schule«, »Genderkampf der Kirche in Polen«, »Gender in der Kultur«, »Gender im Alltag« (*Krytyka Polityczna* 2014: Inhaltsverzeichnis). Das Ganze ist mit einer Art Comic zum Thema »Mein Leben mit Gender« und mit einer Sammlung von kurzen Aussagen zu Gender von in Polen hochangesehenen Persönlichkeiten abgeschlossen, darunter Ärzten, Schriftsteller_innen, Abgeordnete, Politiker_innen, Regisseuren und Journalist_innen. Aber auch diese Publikation hat keine Wirkung über das ohnehin informierte Milieu hinaus. Noch weniger wirksam sind wissenschaftliche Abhandlungen, darunter eine wichtige Publikation des Instituts für Soziologie der Jagiellonen-Universität Krakau mit dem Titel *Homoseksualizm. Perspektywa interdyscyplinarna* (»Homosexualität. Eine interdiszi-

plinäre Perspektive») von 2005, oder *Spektakl i wiedza. Perspektywa społecznej teorii queer* (»Spektakel und Wissen. Sozialwissenschaftliche Queer Theory«), eine Monographie des polnischen Queer-Forschers Jacek Kochanowski.

Auch in anderen Staaten ist der wissenschaftliche Diskurs für durchschnittliche Interessierte, die nach einem allgemeingültigen Gender-Begriff suchen, schwer zugänglich. Sogar Wikipedia, das mittlerweile zu einer gängigen Informationsquelle geworden ist, ist da wenig hilfreich. Der deutsche Eintrag zu Gender geht auf die Geschichte des Begriffs und seine wissenschaftlichen Konzeptualisierungen so detailliert ein,⁴ dass sich aus dem Ganzen keine eigentliche Klärung ergibt. Der polnische Wikipedia-Eintrag trägt zum Verständnis dieses Begriffes noch weniger bei, weil in ihm vor allem polnische Kontroversen um Gender angeführt werden.

Das Allgemeinwissen über Gender bleibt dementsprechend auf einem so niedrigen Niveau, dass dieses Wort zur Disposition steht und der Gender-Diskurs sowohl für Feldzüge gegen die sogenannte »Gender-Ideologie« als auch für die Weiterentwicklung von Gender Studies offenbleibt. Dies wurde massiv in der Anti-Gender-Kampagne genutzt, in welcher der Gender-Begriff mit völlig anderen Bedeutungen als diejenigen besetzt wurde, die dem wissenschaftlichen Forschungsstand entsprechen (vgl. Choluĵ 2014). Er wurde mit dem Ideologie-Begriff und mit der Sexualität in einer Weise in Zusammenhang gebracht, dass er Ängste vor einer Ideologie ungebändigter Sexualität, vor einem Phantom also, das sich aus einer Mischung aus antikomunistischem und katholischem Diskurs über die Sexualmoral gebildet hatte, bündelte. Da in Polen die katholische Konfession dominant ist, stößt jede Rücksichtnahme auf sexuelle Minderheiten auf Abneigung als eine affektive Abwehrreaktion, damit diese auf die zum intelligiblen System gewordene Zweigeschlechtlichkeit (vgl. Butler 1990) nicht einwirken kann. Alle, die vom binären heteronormativen System abweichen, werden pathologisiert und marginalisiert. Die Bekämpfung der Versuche, dies zu ändern, startete die katholische Kirche in einer massiven Aktion der eben erwähnten Anti-Gender-Kampagne etwa im Jahr 2012. Bischöfe und Priester entwickelten eine aggressive Rhetorik gegen den Feminismus, Gender Studies und Homosexualität im öffentlichen Raum. Dabei beriefen sie sich nicht explizit auf Papst Benedikt XVI., obwohl dieser den Begriff der »Gender-Ideologie« in den katholischen Diskurs eingeführt hatte.⁵ Fragmente eines seiner Texte wurden dennoch ins Polnische übersetzt und publiziert, aber weder

4 <https://de.wikipedia.org/wiki/Gender> (Version vom 8.7.2020, abgerufen am 12.8.2020).

5 »In diesem Prozess kultureller und menschlicher Entstrukturalisierung der Ehe als Institution darf man die Auswirkung einer gewissen 'Gender-Ideologie nicht unterschätzen. Das Mann- oder Frausein sei grundsätzlich nicht geschlechts-, sondern kulturbedingt. Diese Ideologie höhlt die Fundamente der Familie und der zwischenmenschlichen Beziehung aus. Aufgrund ihrer Bedeutung in der heutigen Kultur und aufgrund ihres Einflusses auf das Phänomen der faktischen Lebensgemeinschaften, empfiehlt es sich daher, sie eingehender zu untersuchen.« Päpstlicher Rat für die Familie 2000.

kommentiert noch in andere Beiträge zum Thema Gender-Ideologie integriert (vgl. Sosnowski 2014). Die Verbindung von Gender und Ideologie ruft in Polen durch Erfahrungen mit der kommunistischen Propaganda eine besonders negative Konnotation hervor. »Ideologie« gilt als etwas, was per se zu bekämpfen ist. So konnte Gender in der Konstellation mit Sexualität, Homosexualität und »Ideologie« für die polnische Bevölkerung, vermittelt in der populistischen Rhetorik der katholischen Kirche, leicht zu einem negativen Signalwort werden, das jede Bereitschaft, sich mit der Gender-Problematik näher auseinanderzusetzen, blockiert.

Einen Wikipedia-Eintrag zu »Gender-Ideologie« gibt es bezeichnenderweise weder in Polen noch in Deutschland. Eine detaillierte inhaltsreiche, mit Dokumenten belegte Klärung gibt es dagegen in einem Portal, dessen Name *Diskursatlas* keinen speziellen Genderbezug hat.⁶ In polnischer Sprache ist eine umfangreiche Schilderung auf dem den meisten Nutzer_innen vermutlich unbekannten Portal *Encyklopedia LGBT*⁷ vorhanden, also einem Namen mit einem Genderbezug, der von Nicht-Eingeweihten, wenn nicht vermieden, so doch als tendenziös wahrgenommen wird. Weder die deutsche noch die polnische Adresse sind so bekannt wie Wikipedia. Eine verständliche, leicht zugängliche kritische Erörterung des antifeministischen Narrativs »Gender-Ideologie« und seiner Begriffsgeschichte wäre jedoch vonnöten, zumal es ein Begriff von internationaler Wirkung ist, durch den rechte Gruppierungen in Europa in ihrer negativen Haltung zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit Geschlechterfragen gestärkt werden (vgl. Hark/Villa 2015).

3. Feindbildwechsel: LGTB statt Gender ...

Mit der Bekämpfung der vermeintlichen Gender-Ideologie 2012⁸ begann in Polen ein interessanter Spurwechsel innerhalb des Geschlechterdiskurses. Dieser Umschwung erfolgte aufseiten derjenigen, über die Bruno Latour schreibt, dass sie nicht mehr die konstruktivistischen Ansätze ablehnen, sondern diese für ihre Ziele in Anspruch nehmen, um ihren eigenen strategischen Umgang mit Gender zu

6 www.diskursatlas.de/index.php?title=Gender-Ideologie (vom 12.8.2020).

7 https://www.encyklopedia.edu.pl/wiki/Ideologia_gender (vom 12.8.2020).

8 »W 2012 r.« nach dem Kommentar des Bischofs Wojciech Polak, Generalsekretär der Bischofskonferenz von Polen, zur Rede des Papstes Benedikt XVI. (also Joseph Ratzinger), der über die Philosophie von Gender sprach: »Philosophie der Sexualität, die wir Gender nennen – und sogar eher Gender-Ideologie – führt durch Infragestellung des Geschlechts als einer Tatsache, die sich aus der Natur ergibt, im Endeffekt zur Veränderung der Auffassung der Menschheit. Auf diese Weise beeinflusst sie direkt auch die Auffassung der Ehe und der Familie.« (Übersetzung aus dem Polnischen durch die Autorin; <http://gosc.pl/doc/1403501.Dlaczego-gender-jest-tak-niebezpieczne> vom 22.8.2020).

entwickeln, um mit ihm auf »Macht, Gesellschaft und Diskurs« direkt rekurrieren zu können (vgl. Latour 2007: 15). Latours Beobachtungen betreffen Verschwörungstheorien jeglicher Art. In ihnen erkennt er, wie ihre Vertreter_innen »die raffiniertesten Werkzeuge der Dekonstruktion, des Sozialkonstruktivismus, der Diskursanalyse, der Postmoderne« (ebd.: 17) absorbieren und sie gegen diejenigen anwenden, von denen sie und ihre Machtpositionen bisher dekonstruiert wurden. Genau dieser Mechanismus wurde in Polen zuerst durch die katholische Kirche in der oben angeführten Verbindung von Gender mit Sexualität, Homosexualität und Ideologie ausgenutzt und später durch die polnische Rechte in Form der Verbindung von LGTB mit diesen Worten. »Gender« wurde in letzterem Fall einfach gegen »LGTBQ« ausgetauscht, wobei das Szenario der Angriffe auf »LGTB-Ideologie« ähnlich wie die Angriffe auf »Gender-Ideologie« im Zuge der Anti-Gender-Kampagne verläuft. Beide Kategorien dienen mit einigen wenigen Ausnahmen (wie Schweden oder Norwegen) in ganz Europa und insbesondere in Polen durch ihre Sexualisierung im gewissen Sinne dem Angstmanagement, das Timothy Synder in seinem Essay *Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand* (2017) als Grundlage für Machtausübung beschreibt (mehr dazu siehe: Chołuj 2018). Die Ängste werden geschürt, indem zuerst das Schreckensbild »Gender-« bzw. »LGTB-Ideologie« aufgebaut wird. Daraufhin kann es leicht als rhetorisches Instrument in öffentlichen Reden und Debatten benutzt werden, wie in Polen, wo es immer wieder mit Gender Studies verwechselt wird. Dadurch entsteht die allgemeine Überzeugung, dass alles, was mit Gender oder LGTB zu tun hat, gefährlich sei.

Zum Narrativ »LGTB-Ideologie« in der Funktion eines solchen Machtinstrumentes griff die PiS-Regierung kurz vor den Präsidentenwahlen 2020. Präsident Andrzej Duda trat in seiner Wahlkampagne direkt gegen die sogenannte »LGTB-Ideologie« auf. Nachdem er im ersten Wahlgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit erreichte, musste er in der Stichwahl gegen den ebenfalls aussichtsreichen liberalen Kandidaten Rafał Trzaskowski antreten. Hier galt es für Duda, sich auch um die Stimmen der Anhänger_innen der radikalrechten nationalistischen Partei *Konfederacja Wolność i Niepodległość* (»Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit«) zu bemühen, deren Kandidat im ersten Wahlgang immerhin zehn Prozent der Stimmen bekommen hatte. Mit Reden, in denen Duda die intakte polnische Familie der »LGTB-Ideologie« entgegengesetzte, konnte er sich gegenüber Trzaskowski profilieren, da dieser in seiner Funktion als Warschauer Bürgermeister eine LGTB-Deklaration für Toleranz in der Hauptstadt unterzeichnet und in diesem Zusammenhang erklärt hatte, sich für eine Thematisierung von LGTB im Schulunterricht einzusetzen. Nicht zuletzt aufgrund dieses Ereignisses erklärten sich viele Bezirke und Gemeinden, vor allem im Südosten Polens, zu LGTB-freien Zonen. Sie erstrecken sich mittlerweile auf ca. ein Viertel des Gesamtterritoriums

Polens.⁹ Duda stützte seine populistische Strategie gegen Trzaskowski auch auf diese Entwicklung. Auf Kritik und Proteste gegen diese Aussagen reagierten er und die Fürsprecher der LGTB-freien Zonen in den Medien mit der Erklärung, dass sich solche Deklarationen nicht gegen Menschen, sondern gegen die ›LGTB-Ideologie‹ richteten. De facto stellen sie aber zweifellos eine starke Unterstützung verbaler und physischer homophober Angriffe gegen Menschen dar. Das Deklarieren LGTB-freier Zonen hat in Polen keinen formalrechtlichen Status, daher kann man gegen sie rechtlich auch nicht vorgehen. Bei ihrer Entstehung spielte die rechtskonservative Stiftung für Rechtskultur *Ordo Juris* die Hauptrolle.¹⁰ Duda hat die Präsidentenwahlen schließlich knapp gewonnen, insofern hat er genügend Wähler der Konföderation für sich eingenommen; sein Sieg zeugt davon, dass es in Polen immer noch eine Mehrheit gibt, die eine menschenverachtenden Sündenbockrhetorik der Politiker_innen im öffentlichen Raum nicht stört. Ganz im Gegenteil, gerade die eindeutige Benennung von Feindbildern spricht viele Menschen an.

4. Gender-Mainstreaming perpetuiert Geschlechterbinarität

Während Gender in Europa durch die Gender-Mainstreaming-Richtlinien der EU in den öffentlichen Debatten für die Mehrheit präsenter geworden ist, konnte sich dieser Begriff in Polen nicht etablieren, zumal sich die Geschlechterpolitik im Kontext der Kooperation zwischen Staat und Kirche sehr stark an der Familienpolitik orientiert. Es liegt aber nicht nur am polnischen Geschlechterdiskurs, in dem die katholische Perspektive immer noch die dominierende ist, sondern auch daran, dass das Gender-Mainstreaming-Programm der EU auch in den sogenannten westlichen Ländern auf Männer und Frauen reduziert bleibt. Der deutsche Wikipedia-Eintrag zu Gender-Mainstreaming lautete noch 2017:

»Gender-Mainstreaming ist eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von *Frauen und Männern* bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung durchzusetzen« (Hervorhebung B. Ch.).¹¹

Im ersten Satz werden hier zwar Geschlechter ohne Identitätsbezug genannt, aber gleich danach werden nur Frauen und Männer genannt. In dem ganzen Eintrag gibt es keine kohärente Darstellung, sondern eine Mischung von zwei Ansätzen.

9 Die aktuelle Landkarte Polens mit diesen Regionen ist einzusehen unter: https://pl.wikipedia.org/wiki/Strefa_wolna_od_ideologii_LGBT (vom 15.8.2020).

10 Siehe <https://humanistfederatation.eu/radical-religious-lobbies/ordo-iuris/> (vom 10.7.2020).

11 <https://de.wikipedia.org/wiki/Gender-Mainstreaming/Version> vom 10.11.2017.

Nach dem einen gilt ›Gender‹ als eine Kategorie, die alle möglichen Geschlechteridentitäten umfasst, während der zweite die biologistische Auffassung, die nur zwischen weiblicher und männlicher Geschlechtsidentität unterscheidet, vertritt. In den Sätzen, in denen die politische Praxis thematisiert wird, verschwindet sogar das Wort ›Gender‹:

»Mit Gender-Mainstreaming wird eine Strategie bezeichnet, um unterschiedliche Ausgangslagen und möglicherweise unterschiedliche Wirkungen von Maßnahmen auf Männer und Frauen systematisch zu berücksichtigen. Werden bei diesem Vorgehen Benachteiligungen festgestellt, sind ›Frauenpolitik‹ bzw. ›Männerpolitik‹ die einzusetzenden Instrumente, um der jeweiligen Benachteiligung entgegenzuwirken« (ebd.).

Gender-Politik wird hier nicht genannt. Der parallele Gebrauch von zwei Konzepten – Gleichberechtigung von Frauen und Männern einerseits und Gender-Mainstreaming als umfassende Implementierung einer Gender-Perspektive andererseits – zeugt davon, dass der Gender-Diskurs immer noch unausgegoren ist. Er entwickelt sich nicht additiv in dem Sinn, dass immer mehr Informationen und Erkenntnisse hinzugefügt werden, sondern sammelt sogar konträre Positionen. Und in der politischen und öffentlichen Praxis geht es aufgrund der EU-Richtlinien vor allem um heteronormative Zweigeschlechtlichkeit. So konnte sich nur die Differenzierung zwischen Gender als dem sozialen und psychologischen Geschlecht einer Person und ihrem biologischen Geschlecht (Sex) etablieren. Politische Maßnahmen zur Geschlechtergleichheit haben sich sogar nach der IV. Weltfrauenkonferenz 1995 nicht verändert. Andere Geschlechter werden dabei ausgeblendet. Durch die Reduktion auf Zweigeschlechtlichkeit geht die Innovation des Gender Begriffs verloren. Die oben erwähnte Differenzierung, die ohnehin längst praktiziert wurde (in Statistiken, im Arbeitsrecht u.v.a.) bleibt ein Teil von *doing gender* in performativen Akten der gesellschaftlichen und politischen Praxis. Verschieben hat sich dabei nur die Fokussierung vom *Status quo* der Geschlechterverhältnisse von Männern und Frauen im sozialen, politischen und rechtlichen, z.T. auch im konfessionellen Rahmen, wie das polnische Beispiel der Akzeptanz der ersten Frauenbewegung durch die Kirche zeigt. Im Endeffekt sexualisiert die politische Praxis den Gender-Begriff auf der Basis der Mainstreaming-Richtlinien der EU, indem sie ihn im Rahmen des bisherigen binären intelligiblen Systems platziert, dessen Heteronormativität als Norm bleibt. Nicht ohne Grund nannte Barbara Stiegler Gender-Mainstreaming einen angepassten und wirkungslosen Reformismus (vgl. Stiegler 2002). Sie sprach sogar vom »Missbrauch«, als weibliche Frauenbeauftragte durch männliche Gleichstellungsbeauftragte ersetzt oder gar abgeschafft wurden. Mit dem Verweis auf Geschlechtergleichheit wurden sogar Frauenfördermittel gekürzt, weil mit diesen Geldern Männer nicht unterstützt wurden. Stiegler konstatierte einen radikalen Verlust von mühsam erkämpften Frauenrechten, zu dem

es durch Gender-Mainstreaming-Richtlinien und Verordnungen der EU in der Anfangsphase gekommen ist. Sie meinte, bei einer adäquaten Realisierung von diesen Richtlinien dürfe man den Begriff Gender nicht auf Frauen und Männer reduzieren. Sie postulierte u.a. Kosten-Nutzen-Analysen nach Geschlecht und Geschlechterrollen, Gender-Analysen und Checklisten nach der 3-R-Methode, nach der anhand der Kategorien Repräsentation, Ressourcen und Realität jede politische Maßnahme zu prüfen sei. Die Frage der Repräsentation müsste dabei revidiert werden, denn durch das Diversity-Programm der EU, das als eine Korrektur der oben diskutierten Richtlinien durch Berücksichtigung einer ganzen Palette von Identitäten gedacht war, verfestigen sich vorhandene stereotype Vorstellungen von Körper-Formen und Verhaltensweisen. Obwohl in Deutschland auf diese Bedenken keine Rücksicht genommen wurde, kann die Ergänzung des Personenstandsgesetzes von 2007 um die Kategorie »divers« im Jahre 2018 als ein wichtiger Schritt in Richtung der Anerkennung der non-binären Geschlechtsidentitäten angesehen werden.¹² Gleich darauf wurde auch die entsprechende Passage über Frauen und Männer im Wikipedia-Eintrag zum Gender-Mainstreaming durch *Menschen aller Geschlechter* ersetzt:

»Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von *Menschen aller Geschlechter* bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung durchzusetzen.«¹³

Diese Korrektur verweist auf die Wirksamkeit einer landesweiten gesetzlichen Regulierung der Gender-Frage, worauf in Polen immer noch keine Chance besteht. Die Position der polnischen rechten Regierung in Sachen non-duale Geschlechtsidentitäten bleibt unverändert feindlich. Doch die politische Relevanz der Geschlechterfrage im Sinne der Gender-Mainstreaming-Richtlinien wurde bereits gleich nach dem EU-Beitritt im Jahre 2004 zielbewusst verdrängt. Im Rahmen der Vorbereitung auf die Aufnahme in die EU hat die polnische Regierung, an deren Spitze zu dieser Zeit die sozialdemokratische Partei stand, zwar einen Posten der Regierungsbeauftragten für Frauenangelegenheiten geschaffen, weil sie

12 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2018 Teil I Nr. 48, ausgegeben zu Bonn am 21. Dezember 2018, online unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgblh18s2635.pdf#_bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgblh18s2635.pdf%27%5D__1597269039908 (vom 12.8.2020).

13 <https://de.wikipedia.org/wiki/Gender-Mainstreaming> (Version vom 30.6.2020, aufgerufen am 12.8.2020).

dazu verpflichtet war, aber mit dem Zusatz »und für Familie« versehen¹⁴. Zudem wurde die Stelle weder mit eigenständigen Kompetenzen noch mit einem festen Budget ausgestattet. Polen hat auch das Abschlussdokument *Beijing Declaration and Platform for Action* der oben genannten Konferenz in Beijing unterschrieben, aber bis dato keine Maßnahmen für die Umsetzung realer Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet. Auf die Forderungen der Frauen-NGOs, die Geschlechtergleichheit rechtlich und politisch zu fördern und abzusichern, erklärte der Ministerpräsident Leszek Miller 2004, dass er Pragmatiker sei und ihm die wirtschaftliche und politische Transformation wichtiger seien als partikuläre Interessen von Frauen. Mit der Zeit wurde immer klarer, dass die Regierung jeden Konflikt mit der katholischen Kirche vermeidet, unabhängig davon, welche Partei gerade an ihrer Spitze steht.

5. Ein Schritt vor, zwei zurück

Die Kirche insistiert seit dem Pontifikat von Johannes Paul II. darauf, dass keine Veränderungen der Geschlechterverhältnisse eingeführt werden. Dem Drang der Aktivistinnen der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1990er Jahren nach Verbesserung der Lage der Polinnen setzte der Papst das christliche Ideal der Weiblichkeit in seinem Konzept des Neuen Feminismus entgegen, mit dem Ziel, das heteronormative System zu stabilisieren. In seinem Brief an die katholischen Frauen, die an der IV. Weltfrauenkonferenz teilnahmen, warnte er vor den Veränderungen der Geschlechterverhältnisse, die dort angestrebt werden sollten (vgl. Chołuj 2014).

Doch der Neue Feminismus von Johannes Paul II. wurde von katholischen Polinnen bezeichnenderweise nicht aufgenommen, weil ihnen dafür die Strukturen fehlten (vgl. Staśkiewicz 2012). Erst in der Anti-Gender-Kampagne 2012–2014 gewann dieses Konzept an Bedeutung, denn die katholische Kirche stellte den Frauen im Rahmen dieser Kampagne zum ersten Mal einen Handlungsraum mit finanzieller Unterstützung zur Verfügung. Es entstanden katholische NGOs, und die polnischen Pro-Life-Organisationen wurden durch die Kirche gestärkt. Die Frauen wurden zwar für die Interessen der Kirche instrumentalisiert, aber gleichzeitig musste die Kirche ihre Wahrnehmung der Frauenbewegung korrigieren. Sie nahm eine partielle Korrektur vor, indem sie die erste Welle der Frauenbewegung anerkannte, während sie die zweite entschieden ablehnte. Der Grund war, dass die erste Frauenbewegung um Frauenrechte kämpfte, die zweite dagegen mit dem für die Kirche suspekten Gender-Begriff operierte (vgl. Chołuj 2014), der gerade in

14 Der Name lautete in männlicher Form: Pełnomocnik Rządu do Spraw Rodziny i Kobiet (Regierungsbeauftragter für Familienangelegenheiten und Frauen), vgl. online unter: <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19950490260> (22.9.2020).

der Kampagne bekämpft werden sollte. Auf diese Weise konnte eine große Gruppe von Frauen gegen Gender mobilisiert werden, ohne dass diese genau wussten, was sich hinter diesem Begriff verbarg. Es war dies aber nur ein kleiner Sieg der Kirche bei der Bekämpfung des Feminismus, weil sich keineswegs alle Katholikinnen gegen den Feminismus der zweiten Welle richteten. Zu den wichtigsten Erfolgen der Kirche gehört jedoch die Verabschiedung eines restriktiven Abtreibungsgesetzes im polnischen Parlament (Sejm) im Jahre 1993, was die enge Kooperation mit der Regierung nach der politischen Wende von 1989 ermöglichte. Zusammen mit der Einführung des konfessionellen Religionsunterrichts in den Schulen 1990 und dem Konkordat zwischen Polen und dem Vatikan von 1993 stellt dieses Gesetz die wichtigste Absicherung des Status quo der traditionellen polnischen Geschlechterpolitik dar, die in Artikel 18 der polnischen Verfassung mit der Definition der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau festgelegt wurde. So werden im polnischen Wikipedia-Artikel zu Gender-Mainstreaming auch nur Frauen und Männer explizit genannt: »strategia polityczna na rzecz równego traktowania kobiet i mężczyzn«¹⁵ (politische Strategie der Gleichbehandlung von Frauen und Männern).

Da der Differenzfeminismus in Polen mittlerweile anerkannt ist und seine Dienste im politischen und kirchlichen Bereich leistet,¹⁶ wird Gender als ein Instrument für den Kampf gegen Geschlechterminderheiten vereinnahmt. Frauen sind zuerst durch die politische Praxis der rechtsliberalen Regierung Tusk (2007-2014) mit Geldzuweisungen in der Höhe von 1000 Zloty für jede Entbindung, und danach von der national-konservativen PiS-Regierung mit 500 Zloty monatlich pro Kind politisch und wirtschaftlich verfügbar gemacht worden. Es ist eine radikal andere Variante der Geschlechterpolitik als die von der EU angestrebte, nach der die Frauen in die Wirtschaft durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten und in die Modernisierungsprozesse durch Erwirtschaftung von mehr Kapital eingebunden werden. Hier geht es nicht um die Veränderungen, die in den sogenannten westlichen Ländern mithilfe von Gender-Mainstreaming-Richtlinien der EU wenigstens für Frauen erreicht werden konnten. Sabine Hark nennt in diesem Zusammenhang u.a., dass die Gewalt Kindern und Frauen gegenüber sowie Vergewaltigung in der Ehe strafbar geworden sind, dass Frauen juristisch gleichberechtigt und gleichgestellt sind, und dass gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland die Ehe eingehen können. Das alles zeugt von einer hohen Wirksamkeit der biologistischen Auffassung von Gender, nach welcher Gender auf Frauen und Männer im Rahmen von top-down-Politik reduziert wird. Selbst hier also geht es nicht um einen

15 https://pl.wikipedia.org/wiki/Gender_mainstreaming (Version vom 3.2.2020 aufgerufen am 20.7.2020).

16 Die katholische Kirche war die erste Institution in Polen, die gegenderte Formen von Substantiven und Verben in ihre Lehrbücher für Schulen eingeführt hat.

Geschlechterbezug, da die Gender-Kategorie nicht zur Lösung von Geschlechterfragen eingesetzt wird, vielmehr werden die Kategorien ›Männer‹ und ›Frauen‹ in Argumentationen eingebunden, mit denen andere ökonomische und politische Ziele als die Geschlechtergerechtigkeit verfolgt werden. In Polen geht man sogar soweit, dass die Regierung überlegt, ob sich Polen aus der *Europarats-Resolution zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt* (die *Istanbul-Konvention*) zurückziehen solle, weil diese die Intaktheit der polnischen Familie gefährde. Sogar das ohnehin bereits sehr scharfe Abtreibungsgesetz versucht sie noch restriktiver zu gestalten, um die Geburtenrate zu erhöhen.

Der stichwortartige Vergleich mit Deutschland zeigt, dass im sogenannten Westen einige Änderungen Richtung Geschlechtergleichheit vorgenommen bzw. schon beschlossen worden sind, die selbst durch die Anti-Gender-Kampagne in den Jahren 2012-2014 nicht zerstört werden konnten. Die Geschlechterpolitik Polens dagegen ist in Bezug auf Gleichstellung von Frauen und Männern eher rückläufig, und die NGOs und Menschenrechtsorganisationen müssen um die Erhaltung der wenigen Rechte für Frauen, die bislang erreicht worden sind, kämpfen. Der Geschlechterdiskurs ist in diesem Land aber nicht mehr so einheitlich wie vor den angeführten Kampagnen, und die kritischen Stimmen sind hörbarer denn je. Große politische Wirksamkeit können sie in der gegenwärtigen Regierungskonstellation allerdings nicht erreichen.

Literatur

- Beijing Declaration and Platform for Action (1995), online unter: www.unwoman.org/~media/headquarters/attachments/sections/csw/pfa_e_final_web.pdf (vom 20.8.2020).
- Brief an die Frauen (1995): Papst Johannes Paul II., Brief an die Frauen, Vatikan: Libreria Editrice Vaticana, online unter: http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/letters/1995/documents/hf_jp-ii LET_29061995_women.html (vom 1.9.2020).
- Bundesgesetzblatt Jahrgang 2018 Teil I Nr. 48, ausgegeben zu Bonn am 21. Dezember 2018, online unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGB&jumpTo=bgbl118s2635.pdf#_bgbl__%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl118s2635.pdf%27%5D_1597269039908 (vom 12.8.2020).
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Übers. von Katharina Menke, Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Chołuj, Bożena (2015): »Genderideologie« – ein Schlüsselbegriff des polnischen (Anti-)Genderismus, in: Hark/Villa (Hg.), *Anti-Genderismus*, S. 219-239.

- Choluj, Bożena (2018): »Die Frauenfrage und der dünne Firnis der Demokratie in Polen nach 1989«, in: *Femina politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 88-100.
- Członkowie długo wyczekiwanej komisji powołani. Oto przewodniczący (Mitglieder der langersehnten Kommission gewählt. Und es gibt einen Vorsitzenden), online unter: <https://fakty.interia.pl/polska/news-blazej-kmieciak-przewodni-czaczym-panstwowej-komisji-ds-pedofi,nId,4629207> (vom 7.9.2020).
- Dlaczego-gender-jest-tak-niebezpieczne (Darum ist Gender so gefährlich), online unter: <http://gosc.pl/doc/1403501.Dlaczego-gender-jest-tak-niebezpieczne> (vom 22.8.2020).
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript.
- Kochanowski, Jacek (2009): *Spektakl i wiedza. Perspektywa społecznej teorii queer* (Spektakel und Wissen. Perspektive der sozialwissenschaftlichen Queer Theorie), Łódź: Wydawnictwo Wschód-Zachód.
- Krytyka Polityczna (2014): *Gender. Przewodnik Krytyki Politycznej* (Gender. Einführung von Krytyka Polityczna), Warszawa: Wydawnictwo Krytyki Politycznej.
- Latour, Bruno (2007): *Elend der Kritik. Vom Krieg um Fakten zu Dingen von Belang*, Zürich/Berlin: Diaphanes.
- Päpstlicher Rat für die Familie (2000): *Ehe, Familie und »faktische Lebensgemeinschaften«*, Schreiben vom 26.7.2000, online unter: www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/family/documents/rc_pc_family_doc_20001109_de-facto-unions_ge.html (vom 1.9.2020.)
- Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 12. maja 1995 w sprawie ustanowienia Pełnomocnika Rządu do Spraw Rodziny i Kobiet (Verordnung des Ministerrates vom 12. Mai 1995 zur Einsetzung eines Regierungsbeauftragten für Familienangelegenheiten und Frauen), online unter: <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19950490260> (vom 22.9.2020.)
- Slany, Krystyna/Kowalska, Beata/Śmietana, Marcin (Hg.) (2005): *Homoseksualizm. Perspektywa interdyscyplinarna* (Homosexualität. Eine interdisziplinäre Perspektive), Kraków: Zakład Wydawniczy Nomos.
- Snyder, Timothy (2017): *Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand*. Übers. von Andreas Wirthensohn, München: C. H. Beck.
- Staśkiewicz, Joanna (2018): *Katholische Frauenbewegung? Katholische (Frauen)Organisationen in Polen nach 1989 und ihre Handlungsstrategien*, Bielefeld: transcript.
- Stiegler, Barbara (2020): »Wie Gender in den Mainstream kommt«, in: Silke Bothfeld/Sigrid Gronbach/Barbara Riedmüller (Hg.): *Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik: Zwischenberichte aus der politischen Praxis*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 19-40.

- Sosnowski, Leszek (Hg.) (2014): *Dyktatura Gender*. Benedykt XVI, Adam Bujak, ks. Waldemar Chrostowski, ks. Oko i in. (Genderdiktatur. Benedikt XVI, Adam Bujak, Priester Oko u.a.), Kraków: Biały Kruk.
- Sypniewski, Zbyszek/Warkocki, Błażej (Hg.) (2004): *Homofobia po polsku*. Pierwsza książka o homofobii w Polsce. (Homophobie auf polnische Art. Das erste Buch über Homophobie in Polen), Warszawa: Sic!
- Żytnicki, Piotr (2020): »Watykan odsuwa bp. Edwarda Janiaka« (Vatikan kündigt den Bischof Edward Janiak), in: *Gazeta Wyborcza* vom 26.7.2020, S. 10.